

Mitgliederbrief November 2026

In diesem Brief:



Mit Extremisten macht man keine gemeinsame Sache
Die AfD gewinnt Wahlen, die CDU verliert an Vertrauen, und auch die Linke fällt durch Antisemitismus auf. Warum wir den Rändern nicht kampflos das Feld überlassen und was wir selbst besser machen müssen.

→ weiter auf Seite 2



Haushalt 2027 - Keine Grundsteuer-Anpassung ohne echte Reformbereitschaft des Bundes
Die Kommunen schreiben das höchste Defizit seit der Wiedervereinigung. Bei der Klausurtagung in Billerbeck haben wir als erste Fraktion einen Fixpunkt für 2027 gesetzt und lehnen eine Grundsteuer-Anpassung ab.

→ weiter auf Seite 3



Bericht aus dem Landtag
Dorsten wird um rund 30,5 Millionen Euro entlastet. Dazu kommen mehr Geld für Straßen und Sportstätten sowie weniger Bürokratie für Betriebe. Ein kurzer Bericht über die aktuelle Arbeit aus Düsseldorf

→ weiter auf Seite 4



Bericht aus dem Bundestag
Beim Elterngeld bleibt es bei bis zu 14 Monaten Basiselterngeld, die Beträge steigen erstmals seit fast 20 Jahren. Eine neue Start-up-Strategie und der Bau-Turbo sollen Gründungen und Wohnungsbau voranbringen, mit mehr Spielraum für Kommunen wie Dorsten.

→ weiter auf Seite 5

MEINUNGSBEITRAG

Stadtverband



Liebe Mitglieder

die letzte Zeit hat mich sehr aufgewühlt. Die AfD hat in Sachsen-Anhalt die Wahl gewonnen, in Mecklenburg-Vorpommern sitzt die CDU nicht mehr im Landtag, in Berlin verhandeln SPD und Grüne mit extremen Linken. Auch die Ereignisse rund um das Halloween-Fest in Frankfurt und anderen Großstädten lassen mich nicht unbewegt zurück.

Es ist offenbar für viele normal geworden, die AfD zu wählen. Dabei gibt sie nicht einmal vor, etwas anderes zu sein, als sie tatsächlich ist: Sie duldet rechtsextremistische Kräfte in ihren eigenen Reihen und verfolgt ohne jegliches Problembewusstsein antidemokratisches Gedankengut. Übrigens nicht nur im Bund, sondern auch mit direkter Unterstützung aus Dorsten. Dazu kommt auf der anderen Seite ein Linksruck ins Extreme und Extremistische. Ich halte es für ein ernsthaftes Problem, dass Teile der Berliner Linken durch Antisemitismus und Linksextremismus auffallen und trotzdem gewählt werden. Egal unter welchem Banner: Wer jüdisches Leben in Deutschland bedroht oder Antisemitismus toleriert oder relativiert, dem darf man keine Verantwortung übertragen. Und für mich gilt das für die gesamte Partei, solange sie nicht aktiv gegen solche Strömungen vorgeht. An dieser Stelle bin ich auch massiv von SPD und Grünen enttäuscht, die ihre eigenen Grundwerte vergessen, wenn sie mit den Linken, die zum Teil eine andere Republik wollen, über eine Regierungsbildung verhandeln, obwohl diese auch mit der CDU möglich wäre. Mit Extremisten, egal ob von rechts oder links, macht man keine gemeinsame Sache.

Was beide Entwicklungen verbindet, ist die Enttäuschung, von der sie leben. Viele Menschen haben das Gefühl, dass ihnen niemand mehr zuhört und dass Politik ihre Sorgen nicht ernst nimmt. Bei der Rente, bei Energiepreisen, bei der Pflege, bei Sicherheit und Ordnung. Es wäre zu einfach, das nur den Wählern anzulasten: Wir als CDU tragen dazu bei, wenn wir zu lange erklären und zu spät handeln. Es fällt uns nicht leicht, das zu sagen, aber es stimmt. Auch wir tragen im Bund zusammen mit unserem Koalitionspartner eine Mitschuld an dem Aufstreben der extremistischen Gedanken.

Gerade deshalb möchte ich nicht, dass wir die politischen Ränder kampflos gewähren lassen, das Vertrauen einzusammeln, das wir verloren haben. Wir müssen wieder stärker die Partei werden, der man zutraut, dass sie Probleme benennt und löst, ehrlich ist und Versprechen in die Tat umsetzt. Und die Partei, die bei unrealistischen Erwartungen sagt, wenn etwas nicht geht, aber auch erklärt, warum das so ist. Auch wenn die Politik und auch der Staat nicht alle Probleme lösen können, reicht es vielleicht auch manchmal schon, ein offenes Ohr zu haben, Verständnis zu zeigen und Anliegen ernst zu nehmen. Ich bin davon überzeugt, dass wir nur so die Zukunft der Demokratie und der CDU sichern können. Lasst uns glaubwürdig, offen und ehrlich bleiben – nur so können wir unsere Gesellschaft gemeinsam zukunftsfähig gestalten und zusammenhalten.

Meine Kontaktdaten: jan.heppner@cdu-dorsten.de | 0176 / 30629069



Stadtratsfraktion

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

bei unserer Klausurtagung in Billerbeck haben wir gemeinsam mit Kämmerer Karsten Meyer und Bürgermeister Tobias Stockhoff als erste Fraktion einen klaren Fixpunkt für die Haushaltsberatungen 2027 gesetzt: Mit der CDU wird es vorerst keine weiteren Grundsteueranpassungen ohne echte Reformbereitschaft des Bundes geben! Die vom Rat 2024 für 2026 bzw. 2027 in Aussicht gestellte aufkommensneutrale Anpassung auf das ursprüngliche Einnahmeniveau soll vorerst weiter ausgesetzt werden. Das ist keine Absage an die Anpassung selbst, denn wir halten sie weiterhin für nachhaltig und sachlich richtig. Angesichts der strukturellen Finanzkrise aller Kommunen wäre sie aber genau jetzt das falsche Signal in Richtung Bund.

Dorsten ist dabei kein Einzelfall. Deutschlands Gemeinden und Gemeindeverbände schlossen 2025 mit einem Finanzierungsdefizit von 31,9 Milliarden Euro ab. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes war es das höchste kommunale Finanzierungsdefizit seit der deutschen Wiedervereinigung. Schon 2024 konnten laut Städtetag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW nur 15 von 396 NRW-Kommunen ihren Haushalt ausgleichen. Das Land hat reagiert: Es übernimmt fast neun Milliarden Euro Altschulden und möchte den Verbundsatz ab 2027 von 23 auf 23,5 Prozent erhöhen. Das wäre die erste Erhöhung seit Mitte der 1970er Jahre. Zugleich erwartet das Land, dass der Bund sich auch über 2029 hinaus an den Altschulden beteiligt und die bundesgesetzlich veranlassten Soziallasten strukturell reduziert. Genau das erwarten wir auch. Alle Parteien im Bundestag und die zuständigen Fachminister müssen die Standards in der Sozialgesetzgebung so anpassen, dass sie auf Dauer finanzierbar sind, und die Kommunen für ihre Aufgaben ausreichend ausstatten. Es geht nicht um Wünschenswertes, sondern darum, unseren Kindern und Enkeln tragfähige Sicherungssysteme und bezahlbare Leistungsgesetze zu hinterlassen.

Für Dorsten stehen für 2027 ein Defizit von rund 23 Millionen Euro und für 2030 sogar rund 63 Millionen Euro im Plan. Der Einnahmeunterschied von rund 2,2 Millionen Euro bei der Grundsteuer ist daneben mehr oder weniger nur noch von symbolischer Natur, zumal die Soziallasten durch Bundesgesetze weiter steigen. Wir wissen, dass die ausbleibende Anpassung ein zusätzliches Loch von über 2 Millionen Euro reißt und der Haushalt damit zunächst nicht genehmigungsfähig wäre. Wir stehlen uns nicht aus der Verantwortung und sind bereit, unseren Beitrag zur Konsolidierung auch durch eine Anpassung der Grundsteuer zu leisten. Voraussetzung ist, dass im Bund endlich wirksame Maßnahmen beschlossen werden. Für 2027 wollen wir die Lücke noch einmal schließen, aber erst nach Beratung mit allen Fraktionen. Deshalb haben wir die Verwaltung gebeten, zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen, in dem wir Lösungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite suchen.

Stadtratsfraktion

Unsere Forderungen an den Bund sind glaubwürdig, weil wir selbst geliefert haben. Von 2014 bis 2024 haben Bürgerschaft, Stadtrat und Verwaltung in Dorsten mehr als 100 Millionen Euro Schulden abgebaut und über 80 Millionen Euro positives Eigenkapital aufgebaut. Dass auch die kommunale Ebene zu einer nachhaltigen Finanzpolitik beitragen muss, steht für uns außer Frage. Als Christdemokraten werden wir aber nicht länger die Rechnungen des Bundes über höhere Grundsteuern durch die Menschen in Dorsten bezahlen lassen.
Die Haushaltsberatungen laufen. Wenn ihr Anregungen habt, sprecht uns gerne an.

Meine Kontaktdaten: holger.krajewski@cdu-dorsten.de | 0171 / 7816628



Landtag

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU Dorsten,

aus dem Landtag in Düsseldorf ein kurzer Bericht über das, was wir als CDU-Landtagsfraktion gerade vorantreiben:

Das Land hat kommunale Altschulden von fast 9 Milliarden Euro übernommen, Dorsten wird um rund 30,5 Millionen Euro entlastet. Das sind gut 41 Prozent der Altschulden. Das ist ein echter Schritt, aber wir wissen, dass er allein nicht reicht. Deshalb soll der Verbundsatz ab 2027 erstmals seit 1974 steigen, von 23 auf 23,5 Prozent. Die Bundesmittel von rund 164 Millionen Euro im Jahr geben wir ungekürzt an die Kommunen weiter. Das Land arbeitet also daran, alles Mögliche für die Kommunen zu tun - jetzt muss der Bund auch mitziehen.
Mehr Spielraum braucht es auch bei der Infrastruktur. Für 2027 stellen wir rund 350 Millionen Euro für die Straßensanierung bereit. Seit 2023 sind über 600 Kilometer Landes- und Bundesstraßen saniert worden, und Straßen.NRW hat über 300 Ingenieurinnen und Ingenieure mehr. Damit kann Planen und Bauen schneller gehen, und in den kommenden Jahren können in Dorsten die Hauptverkehrsachsen am Gemeindedreieck und über die Brücken saniert werden.

Und wer investieren will, soll dabei nicht von Formularen ausgebremst werden. Deshalb sollen ab 1. Januar 2027 die Berichts- und Dokumentationspflichten des Landes für Betriebe grundsätzlich wegfallen. Was bleiben soll, muss der Staat fachlich begründen. Das gibt es bisher in keinem anderen Bundesland. Für Handwerk und Mittelstand in Dorsten heißt das: weniger Papier, mehr Zeit für die Arbeit.

Ebenso wichtig sind die Orte, an denen Dorsten zusammenkommt: Mit „Moderne Sportstätte NRW“ fließen bis 2036 insgesamt 600 Millionen Euro in Vereinsanlagen, Schwimmbäder und kommunale Sportstätten. Für die Dorstener Vereine sind rund 815.000 Euro vorgesehen. Interessierte Vereine konnten sich an den Stadtsportverband wenden, der nun eine Mittelverteilung an das Land empfiehlt.

Wir konnten mit unserem Koalitionspartner in den letzten Jahren vieles für Nordrhein-Westfalen bewegen. Mir ist wichtig, dass diese Ergebnisse auch in unserem Wahlkreis ankommen. Lasst uns den Wahlkreis weiterhin gemeinsam zusammenhalten und uns für das Beste unserer Städte einsetzen. Wenn es also etwas gibt, das Sie und Euch beschäftigt, könnt ihr jederzeit auf mich und mein Büro zukommen!

Herzliche Grüße aus Düsseldorf
Ihr Josef Hovenjürgen MdL

Meine Kontaktdaten: josef.hovenjuergen@landtag.nrw.de



Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

an vielen Stellen stehen wir bereits miteinander im Austausch.
Dieser direkte Kontakt bei Veranstaltungen, persönlichen Begegnungen und Gesprächen vor Ort ist mir besonders wichtig. Gleichzeitig freue ich mich, Ihnen und Euch mit diesem Schreiben einen weiteren Einblick in meine Arbeit im Deutschen Bundestag zu geben.

Seit meinem Einzug in den Deutschen Bundestag darf ich die Interessen unserer Heimatregion auf Bundesebene vertreten. Dabei ist es mir ein besonderes Anliegen, die Perspektive aus Dorsten in die parlamentarische Arbeit einzubringen und Eure Anliegen nach Berlin zu tragen.

Die politische Lage in unserem Land und in der Welt ist derzeit von zahlreichen Krisen und Herausforderungen geprägt. Auch die Politik der vergangenen Monate war nicht frei von Fehlern und Entscheidungen, die kritisch hinterfragt werden müssen. Mir ist wichtig, dabei ehrlich und selbstkritisch zu bleiben. Gleichzeitig sollten wir nicht den Blick dafür verlieren, wo bereits etwas vorangeht und konkrete Verbesserungen erreicht werden. Deshalb möchte ich Euch nachfolgend über drei aktuelle Vorhaben berichten, die zeigen, dass politische Gestaltung möglich ist und sich der Einsatz für Veränderungen lohnt.

Elterngeld: Junge Familien stärken

Wer eine Familie gründet, übernimmt Verantwortung. Gerade in den ersten Monaten nach der Geburt brauchen Eltern Zeit für ihr Kind und finanzielle Sicherheit. Deshalb haben wir uns als Union dafür eingesetzt, dass die geplanten Sparmaßnahmen beim Elterngeld deutlich entschärft werden. Die wichtigste Nachricht: Es soll weiterhin bis zu 14 Monate Basiselterngeld geben. Eine zwischenzeitlich geplante Verkürzung auf zwölf Monate ist vom Tisch. Auch die seit fast 20 Jahren unveränderten Beträge sollen endlich steigen: der Mindestbetrag von 300 auf 330 Euro, der Höchstbetrag von 1.800 auf 1.900 Euro.

CDU-Familienministerin Karin Prien hat zudem eine neue Aufteilung vorgeschlagen. Künftig sollen für jeden Elternteil vier Monate reserviert und weitere sechs Monate frei aufteilbar sein. In den jeweils vier reservierten Monaten ist ein Einkommensersatz von 80 Prozent vorgesehen, für die weiteren Monate von 50 Prozent statt der bisherigen grundsätzlich 65 Prozent. Alleinerziehende sollen weiterhin bis zu 14 Monate Elterngeld erhalten können. Die Reform befindet sich noch im Gesetzgebungsverfahren. Für mich bleibt dabei entscheidend, dass Familien verlässlich planen können und unterschiedliche Lebensmodelle berücksichtigt werden. Wir wollen Eltern unterstützen, Verantwortung für ihre Kinder zu übernehmen, und ihnen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr Möglichkeiten eröffnen.

Start-ups: Gute Ideen brauchen bessere Bedingungen

Deutschland hat kluge Köpfe und innovative Unternehmen. Trotzdem ist der Weg von einer guten Geschäftsidee zum erfolgreichen Betrieb oft unnötig kompliziert. Gerade junge Unternehmen verbringen zu viel Zeit mit Bürokratie oder haben Schwierigkeiten, genügend Kapital für ihr Wachstum zu finden. Hier setzen wir mit konkreten Maßnahmen an. Unter Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche wurde im Juli eine neue Start-up- und Scale-up-Strategie beschlossen. Sie umfasst mehr als 150 Maßnahmen, mit denen wir Gründungen erleichtern und jungen Unternehmen bessere Wachstumsmöglichkeiten eröffnen wollen.

Ein wichtiger Schritt ist bereits umgesetzt: Seit Juli können Bundesbehörden Aufträge bis zu 100.000 Euro einfacher direkt an Start-ups vergeben, die höchstens vier Jahre alt sind. Gerade für junge Unternehmen kann der erste größere Kunde entscheidend sein. Hinzu kommt die Finanzierung. Mit einem neuen Programm des Bundeswirtschaftsministeriums und des Europäischen Investitionsfonds stehen weitere 1,6 Milliarden Euro für die Finanzierung technologieorientierter Start-ups zur Verfügung. Auch der Deutschlandfonds soll zusätzliches privates Kapital mobilisieren.

Ich finde, wir müssen beim Gründen wieder mutiger werden. Wer ein Unternehmen aufbauen möchte, sollte seine Zeit möglichst in die Entwicklung neuer Produkte und die Gewinnung von Kunden stecken können. Das gilt für ein junges Technologieunternehmen genauso wie für innovative Gründungen bei uns im Ruhrgebiet. Deshalb werde ich mich weiter für weniger Bürokratie und einen besseren Zugang zu Wagniskapital einsetzen.

Bau-Turbo: Mehr Wohnungen, weniger Bürokratie

Eine bezahlbare Wohnung zu finden oder selbst ein Haus zu bauen, ist für viele Menschen schwierig geworden. Hohe Baukosten und langwierige Verfahren bremsen neue Projekte aus. 2025 wurden in Deutschland nur noch 206.600 Wohnungen fertiggestellt, rund 18 Prozent weniger als im Vorjahr.

Mit dem Bau-Turbo haben wir als Koalition im Oktober 2025 das Planungsrecht vereinfacht. Städte und Gemeinden können bei geeigneten Wohnungsbauvorhaben von bestimmten planungsrechtlichen Vorgaben abweichen. Damit werden beispielsweise Aufstockungen, Nachverdichtungen und die Umnutzung bestehender Flächen erleichtert, ohne jedes Mal einen neuen Bebauungsplan aufstellen zu müssen.

Die Kommunen behalten dabei das letzte Wort. Für ihre Zustimmung gilt eine Frist von drei Monaten; die sonstigen bauordnungsrechtlichen Anforderungen bleiben bestehen. Erste positive Signale gibt es: Von Januar bis August 2026 wurden bundesweit 169.400 Wohnungen genehmigt, gut zwölf Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Bis daraus tatsächlich neue Wohnungen werden, ist allerdings noch einiges zu tun. Gerade für Dorsten, Bottrop und Gladbeck sind mehr kommunale Entscheidungsspielräume wichtig. Der Bund sollte unseren Städten ermöglichen, pragmatische Lösungen für ihre örtlichen Herausforderungen zu finden. Zugleich müssen die Baukosten sinken. Deshalb brauchen wir als nächsten Schritt einfachere Baustandards und verlässliche Bedingungen für Bauherren und Investoren.

Liebe Freundinnen und Freunde,

in Berlin ist noch viel Arbeit zu erledigen. Bei einigen Vorhaben sehen wir bereits konkrete Fortschritte, andere müssen wir im parlamentarischen Verfahren weiter verbessern. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir unsere Reformen konsequent umsetzen und dabei immer im Blick behalten, was sie für uns vor Ort bedeuten.

Ich freue mich wie immer über eure Rückmeldungen und den persönlichen Austausch.

Herzliche Grüße und Glück auf!
Euer Nicklas Kappe
Mitglied des Deutschen Bundestages

Meine Kontaktdaten: nicklas.kappe@bundestag.de | 0156 / 79575752